

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 6,50 M., monatlich 2,20 M., durch die Post vierteljährlich 6,60 M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nr. 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeit 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingekauft die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Mohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 141

Bad Schandau, Sonnabend, den 19. Juni 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Mit Ausnahme von Getreide und Milch soll die geplante Zwangswirtschaft bis zum 1. Oktober abgebaut werden.
- * Wie verlautet, ist eine weitere Erhöhung der Eisenbahngütertarife um 30 bis 50% beabsichtigt.
- * Die Rheinische Zentrumspartei erhält für den Wahlkreis Koblenz-Trier noch einen weiteren Abgeordneten, der auf den Winger Beltin entfällt.
- * Wegen der gefehlvolligen Verhaftung Dr. v. Soltums hat die deutsche Regierung eine Protestnote nach Warschau geschickt. Die Internationalisierte Kommission in Marienwerder hat Schritte zur Befreiung des Festgehaltenen unternommen.
- * In München liegen sehr beunruhigende Nachrichten über bevorstehende neue französische Gewaltmaßnahmen in der Pfalz vor.
- * Die polnische Regierung hat über Warschau den Besetzungszustand verhängt.
- * In Persien ist unter Abschaffung der Monarchie die Republik ausgerufen worden.

Gewitterstimmung.

Zwei Wochen bald sind es her, daß das deutsche Volk sich einen neuen Reichstag gegeben hat; aber die Zeit hat nicht ausgereicht, auch eine neue Regierung zustande zu bringen. Ein kleines Geschlecht, daß die Neuordnung bewilligen, das die furchtbaren Wirkungen des Versailles Friedensvertrages bereinigen soll! Die Sache wird nicht im geringsten dadurch gebessert, daß die Rechte der Linken und die Linke der Rechten und die U. S. B. D. beiden vorzuwerfen nicht müde werden, sie seien schuld an diesem Wankertrotz des Parlamentarismus. Jedes Regierungssystem muß in sich selbst zerfallen, wenn es sich nicht auf die Vereinfachung des Volksganges zu gemeinsamer Berrichtung staatsnotwendiger Arbeit stützen kann. Ein schreckensvolles Verhängnis wäre es allerdings, wenn das parlamentarische System in Deutschland schon so sehr kurze Zeit nach seiner Einführung als eine vollendete Unmöglichkeit erwiesen würde. Es hätte dann nicht einmal die Möglichkeit gehabt, die aufbauende Kraft, die ihm zweifellos innewohnt, zum Wohle des Ganzen zu betätigen, sondern wir wären an seinen Schattenseiten, die ja auch niemand bestreiten kann, vorzeitig zugrunde gegangen. Gewiß, unter günstigeren äußeren Verhältnissen wären auch wir wahrscheinlich leichter mit ihm ausgekommen. Aber die darauf bestanden, daß wir zu ihm übergingen, wußten ja, daß auf absehbare Zeit in Deutschland nichts weniger als erträgliche Zustände herzustellen waren. Um so mehr waren sie dazu verpflichtet, alles aufzubieten, um die Einbürgerung des neuen, den westlichen Demokratien entlehnten Systems bei uns zu ermöglichen. Können sie von sich behaupten, in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit getan zu haben?

Ein Wahlausgang, wie ihn der 6. Juni gebracht hat, mußte selbstverständlich bei allen politischen Berechnungen in Erwägung gezogen werden; anstatt dessen nahm die Verheerung unter den Parteien immer unschönere Formen an, und das Ergebnis ist, daß jetzt allenfalls zwei regierungsfähige Parteien notdürftig unter einen Hut zu bringen sind, die Singunahme einer dritten dagegen schon auf schier unüberwindliche Widerstände stößt. Daß solche Erscheinungen in den breiten Volksmassen alles andere eher, nur keine Achtung vor den jetzt im Lande herrschenden Zuständen auslösen, kann nicht wundernehmen. Eine Gewitterstimmung wird von Tag zu Tag fühlbarer, und erstickende Schwüle legt sich auf Herz und Sinn der Menschen. Ob nun Fehrenbach der Name heißen soll, in dessen Zeichen die Kabinettsbildung geboren wird, oder ob ein anderer Staatsmann schließlich das Opfer wird bringen müssen, in keinem Falle können die Erfahrungen, die jetzt gemacht worden sind, für unsere Zukunft als ermutigend bezeichnet werden.

Nachher ist es dem alten Giolitti gelungen, für das Königreich Italien ein neues Ministerium zusammenzustellen. Ihm kam dabei allerdings das große Ansehen zustatten, dessen er sich aus seiner langjährigen Wirksamkeit im Staatsdienste zu erfreuen hat; ein Kapital, von dem Politiker kleineren Formates ein ganzes Leben lang zehren können. Giolitti hat es verstanden, so ziemlich die besten Namen aus allen Parteilagern in seinem Kabinett zu vereinigen, so daß man wohl sagen darf, daß er auf festem Grunde ans Werk gehen kann. Er soll vor allen Dingen der ungeheueren Steigerung der Lebensmittelpreise ein Ende machen und das Land vor weiteren kriegerischen Abenteuer bewahren, die in den adriatischen Küstenstrichen schon im besten Gange sind. Auf diesen beiden Gebieten allein liegen für den neuen Mann so schwere Aufgaben vor, daß er den Dingen, die uns nächst der endlosen Ministerkrise am meisten beschäftigen, fürs erste wenigstens kaum die notwendige Aufmerksamkeit wird zuwenden können. Die Konferenz von Spa? Da braucht man nur einen tüchtigen Kaufmann hinzuschicken, der unsere Forderungen anmelden kann, soll Giolitti gesagt haben. Er selbst denke nicht daran, um deswillen außer Landes zu gehen. Vielleicht ist dieser Gleichmut nur vorgetäuscht, um dem alten Gerbe über seine Deutschfreundlichkeit in diesem kritischen Augenblick nicht neue Nahrung zuzuführen. Aber immerhin, für Deutschland wäre

es zweifellos eine Erleichterung gewesen, wenn Italien in dieser Zeit etwas weniger mit seinen eigenen Angelegenheiten zu tun gehabt hätte.

Scharfe Krisenluft weht auch immer noch in Wien. Dort haben die Sozialisten es gut verstanden, viele Monate hindurch mit den Christlich-Sozialen zusammenzuarbeiten, obwohl zwischen diesen beiden Parteien noch ungleich tiefere Gegenläufige Klassen als bei uns zu Lande zwischen Sozialisten und Deutscher Volkspartei, die jetzt trotz der Not des Reiches abfolgt nicht so einander kommen können. Aber auch in Österreich ist der Strug so lange zu Wasser gegangen, bis er brach. Man hatte wirtschaftliche, man hatte militärische Fragen ersten Ranges immer wieder zurückgeschoben, um sich nicht an ihnen zu verunreinigen. Nun aber doch endlich Entscheidungen fallen mußten, ist man sich um so tüchtiger in die Haare geraten, und keinen Ausgleichskünstler scheint es gelingen zu wollen, die beiden feindlichen Brüder wieder zur Reize zu bringen. Mit grimmer Kampfeslust stehen die Christlich-Sozialen bereit, das Staatssteuer nach rechts herumzuwenden. Die Stimmung auf dem Lande ist fraglos mit ihnen. Ob der Bogen der städtischen Arbeiter ausreichen wird, um die „Alteins“ oder zum mindesten die maßgebende Mitherrschaft der Sozialisten zu erzwingen, ist schwer zu sagen. Sicher nur so viel, daß auch an der Donau die Zeit idyllischer Koalitionsfreuden zu Ende ist.

Dr. Sp.

Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Spätestens zum 1. Oktober.

In den letzten Tagen haben im Ernährungsministerium eingehende Besprechungen über die Aufhebung der Zwangswirtschaft stattgefunden.

Das Ergebnis dieser Besprechungen scheint eine allgemeine Aufhebung der Zwangswirtschaft zu sein. Grundförmlich hat sich der Ernährungsminister Vermeas auf den Standpunkt gestellt, daß die Zwangswirtschaft für alle Nahrungsmittel, mit Ausnahme von Milch und Getreide, möglichst umgehend beseitigt werden muß. Alle Fesseln sollen spätestens bis zum 1. Oktober dieses Jahres gefallen sein. Für die Beseitigung der Zwangswirtschaft ist ein gewisses Programm aufgestellt worden, das mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fische beginnt. Es folgen dann Gemüse, soweit da überhaupt noch einschneidende Bestimmungen bestehen, Fleisch und Fette, sowie Eier.

Die endgültige Entscheidung wird natürlich bei dem neuen Reichskabinett stehen, das vermutlich vorher noch den demnächst zusammentretenden Reichswirtschaftsrat hören wird. Anstelle der Zwangswirtschaft wird man, um Erschütterungen zu vermeiden, auf dem Mittel der Lieferungsverträge greifen.

Hochspannung in der Pfalz.

Die Machtprobe!

Nach einer amtlichen Meldung der bayerischen Regierung broht die Lage in der Pfalz zu einer Katastrophe auszuwachsen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die französische Besatzungsbehörde die jüngst vollzogene Verhaftung sozialistischer Arbeiterführer zu einer Machtprobe ausnützen will. In Ludwigshafen sind Truppenverstärkungen eingetroffen. Stärkere Patrouillen mit Maschinengewehren durchziehen die Stadt. Harmlose Passanten werden auf ihre Ausweise geprüft. Befanntmachungen verlangen die Ablieferung verdeckter Waffen. Die Verhängung des Besatzungszustandes über die Pfalz wird befürchtet. Inzwischen läuft auch das von der Arbeiterschaft an die Franzosen gerichtete Ultimatum ab und die Arbeiterschaft der Pfalz erwartet Antwort auf ihren Protest wegen der Verhaftung der Arbeiterführer. Dann wird es sich zeigen, ob in der Pfalz der französische Militarismus neue, vielleicht blutige Triumphe feiert, wie seinerzeit im Ludwigshafener Postamt, oder ob doch noch Vernunft und Menschlichkeit den Sieg davon tragen.

In Wiesbaden ist der erste Vorsitzende des rheinischen Mieterschutzverbandes, Direktor G. Abigt, von den Franzosen verhaftet worden, unter der Beschuldigung, einen Brief politischen Inhalts an den preussischen Ministerpräsidenten gesandt zu haben. Der Brief ist aus den Akten des Regierungspräsidenten entwendet und den Franzosen in die Hände gespielt worden. In der Bevölkerung Wiesbadens herrscht über diese Maßnahme der Franzosen große Erregung.

Der Terror in Odessa.

Es ist noch nicht lange her, daß die radikale deutsche Presse über die von der Sowjetregierung verhängte Abschaffung der Todesstrafe triumphierte und die Menschlichkeit und Milde der Bolschewisten nicht genug loben konnte.

Wie es mit der Abschaffung der Todesstrafe bei den Bolschewisten in Wirklichkeit aussieht, darüber berichten die zahlreichen aus Südrussland in Mitteleuropa eingetroffenen Flüchtlinge. So haben die Bolschewisten bei der Einnahme von Odessa eine große Anzahl von Einwohnern erschossen. Unter den Opfern der bolschewistischen Genfer befindet sich

auch ein Bankier Russis, der in den Augen der Bolschewisten ein zweifaches Verbrechen begangen hatte: erstens war er durch seine Eigenschaft als Bankier todesreif und zweitens hatte er sich im Dienst der Freiwilligenarmee mit antibolschewistischer Propaganda beschäftigt. Russis wurde am Tode durch den Strang verurteilt und vor dem Gebäude des englischen Klubs aufgehängt.

Auswanderung.

Aus verschiedenen Gegenden Deutschlands, in der Tat manche aus Mitteldeutschland, erhalten wir eingehende Berichte über eine großartige Propaganda unter der Arbeiterschaft, um diese zur Auswanderung nach Rußland zu bewegen. Nach zuverlässigen Mitteilungen sollen sich allein in der Magdeburger Gegend über 9000 Arbeiter unterschrieben bereiterklärt haben, mit ihren Familien nach Rußland überzusiedeln und bereits mit Reisepapieren und Pässen versehen sein. Die Vorbereitungen sind schon soweit gediehen, daß die Auswanderer bereits mit der Veräußerung ihres Hausraumes begonnen haben, da ihnen versprochen worden ist, daß die russische Regierung ihnen alles zum Leben nötige zur Verfügung stellen wird. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Leute, die nie in Rußland gewesen sind und weder Sprache noch Verhältnisse dort kennen.

Von genauen Kennern des heutigen Rußland werden wir eindringlich ermahnt, unsere Landeskunde vor derartigen Versuchen zu warnen. Wer aber diesen nicht glauben will, der halte sich an die Ausführungen der russischen Machthaber selbst oder an die Warnungen, die deutschseits von Stellen kommen, die nicht im Verdacht der Gegnerschaft zu Rußland stehen. Der Vorsitzende des obersten Rats für Volkswirtschaft, Miljutin, hat zu Beginn dieses Jahres ein Radiotelegramm abgefaßt, worin er den Arbeitern aus allen Ländern, welche nach Rußland kommen wollen, um dort Arbeit zu suchen, rät:

„zuerst spezielle Delegationen dorthin zu senden, um die Verhältnisse zu studieren. Arbeiter, welche nach Rußland auswandern, können nicht darauf rechnen, bessere Bedingungen zu finden, als die russischen Arbeiter selber.“

Und ein ebenso unverfänglicher Zeuge, die Berliner „Rote Fahne“ bringt in ihrer Nr. 81 vom 19. Mai unter dem Titel „Gegen die Auswanderungspropaganda“ folgende Notiz:

„Ein Auswandererverein, dessen Zentrale ihren Sitz in Leipzig hat, entfaltet in verschiedenen Gegenden Deutschlands, insbesondere in Rheinland-Westfalen rege Propaganda für die Auswanderung nach Rußland. Die Agenten dieses Vereins behaupten, mit Nadel in Verbindung zu stehen. Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß die Erzählungen der Agenten ein ganz falsches Bild über die Beschäftigungsmöglichkeit deutscher Arbeiter in Rußland entwerfen. Bei dem außerordentlichen Mangel an Produktionsmitteln und Rohstoffen in Rußland kommt eine Auswanderung von Arbeitern erst dann in Frage, wenn Rußland wiederum Handelsbeziehungen zu den anderen Staaten unterhält.“

Würde es sich bei diesen Auswanderern um jene Elemente handeln, die durch ihre aufrührerische und heberische Tätigkeit im Lande dem Wiederaufbau Deutschlands immer neue Schwierigkeiten bereiten, so könnte man deren Abwanderung ja nur auf das Freudigste begrüßen. Die werden sich aber schön hüten, das sie genau wissen, daß der wirkliche Zustand der Dinge dort recht wesentlich von ihren Schilderungen abweicht. So steht aber zu fürchten, daß sich manche fleißigen und tüchtigen Arbeiter verleiten lassen mit ihren Familien auszuweichen, um in der Ferne das Glück zu suchen, das von ihrer Heimat gewichen ist. Wie vielen anderen vor ihnen, die in früheren Jahrzehnten bei ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen den gleichen Weg gingen, wird es auch den meisten von ihnen gehen: sie werden in der Fremde der Kulturbürger für andere Nationen werden.

Die Nationaltürken vor Konstantinopel.

Eine Schlappe der Engländer.

Die nationalen Streitkräfte rücken in den Küstengegenden des Marmara- und des Schwarzen Meeres immer weiter vor. Es scheint, daß die Inseln des Marmarameeres von den Anhängern Kemals besetzt worden sind, denn der Metropolit von Mersine dröhlet, daß die Ortschaften in Flammen stehen.

Eine an Zahl überlegene nationaltürkische Streitmacht hat gestern eine schwache Abteilung englischer Truppen an der Smail-Front umzingelt. Der englische Befehlshaber verhandelte mit den Nationalisten, die ihm freien Abzug gewährten. Die Vorhut kam unbehelligt durch, aber auf die Hauptabteilung eröffneten die Nationalisten verächtlicher Weise das Feuer, verwundeten 30 Mann und nahmen den englischen Nachrichtenoffizier gefangen. Hilfe ist sofort abgesandt worden. Ein englisches Kriegsschiff hat die Stellungen der Nationalisten mit Granaten beschossen und sie dadurch bei der Verfolgung aufgehalten.

Aus einer weiteren Meldung geht hervor, daß die Türken bei Bogazici zehn französische Offiziere und ungefähr 550 Soldaten gefangen genommen haben. Man hält das hier für einen Vorstoß gegen den mit Mustafa Kemal Pascha in Angora abgeschlossenen Waffenstillstand.